



# Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schloßplatz 6  
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308  
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60  
Fax: 0611 - 31 69 26

[www.BLW-Fraktion.de](http://www.BLW-Fraktion.de)

E-Mail:  
[BLW-Fraktion@Wiesbaden.de](mailto:BLW-Fraktion@Wiesbaden.de)

Fraktionsvorsitzender:  
Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer: K.H. Maierl  
Wiesbaden, 22.11.2011

## **Pressemitteilung:**

### **Kreditvergaben an die HSK**

Die HSK müssen durch immer neue Kassenkredite vor dem Bankrott bewahrt werden. Der Stand ist bei über 30 Millionen, also auf der Höhe der Baukosten des Stadtmuseums, das deswegen zunächst ad acta gelegt wurde.

Die Bürgerliste Wiesbaden fordert seit über zwei Jahren Änderungen bei der Geschäftsführung der HSK. Daraufhin hieß es immer, Herr Strehlau werde die Sache schon hinkriegen, er werde bald schwarze Zahlen schreiben. Anstatt dessen wurden Unsummen für Gutachten ausgegeben, die nichts verbessert haben. In einem der teuren Gutachten stand, daß Änderungen bei der Geschäftsführung nötig seien. Der Aufsichtsrat, in dem CDU, SPD, FDP und Grüne vertreten sind, nahm auch diesen Rat nicht ernst, sondern gab Herrn Strehlau noch schnell vor der Kommunalwahl einen Fünfjahresvertrag. Wenn der Geschäftsführer dann irgendwann doch gehen muß, wird das die Stadt wiederum ungeheure Summen kosten. Wir nennen das ein abenteuerliches Mißmanagement seitens des Aufsichtsrates, der seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, er hätte unserer Meinung nach zurücktreten müssen. Im übrigen hatte Herr Strehlau bei seiner glücklosen Politik auch die Unterstützung des Personalrates.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hat die BLW trotz des fehlenden Vertrauens in die dortige Geschäftsführung der Gewährung von weiteren Kassenkrediten zugestimmt. Wie Christian Bachmann von den FREIEN WÄHLERN betont, handelt es sich hierbei einzig und alleine um die Vermeidung einer Insolvenz sowie Sicherung der nächsten Gehaltszahlungen. Es kann nicht im Interesse der Stadtpolitik sein, daß Mitarbeiter einer städtischen Gesellschaft, welche bereits Einkommenseinbußen durch Gehaltsverzicht in Kauf genommen haben, kein Geld mehr bekommen. Außerdem würde eine Insolvenz die Verhandlungsposition in der Aufnahme eines Minderheitsbeteiligten extrem schwächen.

Während verzweifelt nach dem sogenannten strategischen Partner gesucht wird, verschlechtert sich die katastrophale Lage der Klinik weiter. Und selbst wenn der Partner gefunden würde, wäre immer noch die Frage, ob es mit ihm gelänge, die Talfahrt zu beenden und, wer, wenn die Talfahrt nicht beendet wird, die Defizite übernehme. Die CDU behauptet, der strategische Partner werde vertraglich verpflichtet, für weitere Defizite gerade zu stehen. Wir sind gespannt, ob tatsächlich ein Vertrag mit einer solchen Klausel vorgelegt wird.

Zu dem Defizitabbau kommt noch die Forderung der Entschuldung, es dürfte um fast 100 Millionen Euro gehen. Auch wenn man die Entschuldung als Kapitalaufstockung bezeichnet, bleibt der Tatbestand, daß jemand das fehlende Geld aufbringen soll, es ist das gleiche Prinzip wie beim Rettungsschirm für Griechenland: der Steuerzahler wird es schon richten. Der Steuerzahler muß dann aber auch mehr Einfluß auf die Geschäftsleitung erhalten. Es kann nicht gehen, wie sich offenbar die linke Liste und Teile der Belegschaft vorstellen, daß alle Schulden immer brav bezahlt werden und man ansonsten ungestört durch die Kommunalpolitik oder einen Geschäftspartner weiterwirtschaften kann.

Michael von Poser

Christian Bachmann

FREIE WÄHLER